

# Nein zur Besteuerung der Sozialhilfe

## *Die Position von AvenirSocial*

Soziale Arbeit Schweiz  
Travail social Suisse  
Lavoro sociale Svizzera  
Lavur sociala Svizra

**avenirsocial**  
informiert engagiert vernetzt



# Nein zur Besteuerung der Sozialhilfe: Die Position von AvenirSocial

## Ausgangslage

Sozialhilfeleistungen werden in der Schweiz nicht besteuert.<sup>1</sup> Der Kanton Bern möchte das ändern und hat diesbezüglich eine Standesinitiative<sup>2</sup> eingereicht. Der Kanton Bern begründet seinen Vorstoss mit der Gleichstellung von Sozialhilfebeziehenden und Personen mit bescheidenem Einkommen ohne Unterstützungsleistungen. Der National- und Ständerat<sup>3</sup> haben sich zum Vorstoss geäußert, ebenso die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)<sup>4</sup>. AvenirSocial – Soziale Arbeit Schweiz - bezieht hier zu dieser Frage Position.

## Position

Die Steuerpflicht ist eine Bürgerpflicht; sie verbindet Individuum und Staat. Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren die Bürgerrechte an die Steuerpflicht gebunden. Kinder, Bettelnde und Papierlose zahlen auch heute keine Steuern, mündige BürgerInnen sehr wohl. An sich kann diese Tatsache zum Schluss führen, dass Steuern ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung sind und dass also Sozialhilfebeziehende steuerpflichtig sein sollen als Ausdruck ihrer vollwertigen Integration in die Gesellschaft. Es gibt aber schwerwiegende Gründe, die diese Haltung in Frage stellen.

**AvenirSocial spricht sich gegen eine Besteuerung der Sozialhilfe aus. Insbesondere sollen zuerst national einheitliche Grundvoraussetzungen geschaffen werden, um Grundsätze der Steuergerechtigkeit und der Rechtsgleichheit einzuhalten. Niedrige Einkommensklassen sollen dabei grundsätzlich entlastet und Schwelleneffekte beseitigt werden.**

## Begründung

Hier eine nicht abschliessende Aufzählung von Gründen, welche die Position von AvenirSocial begründen und aufzeigen, warum aus Sicht der Sozialen Arbeit die Sozialhilfe nicht besteuert werden sollte:

- **Steuergerechtigkeit:** Der Berner Vorstoss argumentiert mit der Gleichheit zwischen Sozialhilfebeziehenden und Personen mit bescheidenem Einkommen, also mit der Steuergerechtigkeit. Eine solche Argumentation ist nicht ganz von der Hand zu weisen, zumal die Grenzen zwischen Sozialhilfe und geringem Lohneinkommen fließend und die Übertritte häufig sind; ausserdem bezieht eine

---

1 gemäss SR 642.14 Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990.

2 Standesinitiative des Kantons Bern über die Besteuerung von Sozialhilfeleistungen vom 4. Februar 2009; URL: [http://www.sta.be.ch/sta/de/index/politik-oeffentlichkeit/aussenbeziehungen/beziehungen\\_zum\\_bund/kontakt\\_zu\\_den\\_bernernbundesparlamentariern/staenderat/2011.assetref/content/dam/documents/STA/ASR/de/aussenbeziehungen/nr-sr/2009/rrb\\_2009\\_0136.pdf](http://www.sta.be.ch/sta/de/index/politik-oeffentlichkeit/aussenbeziehungen/beziehungen_zum_bund/kontakt_zu_den_bernernbundesparlamentariern/staenderat/2011.assetref/content/dam/documents/STA/ASR/de/aussenbeziehungen/nr-sr/2009/rrb_2009_0136.pdf)

3 Siehe 10.3340 – Motion zur Besteuerung von Sozialhilfeleistungen und Entlastung des Existenzminimums; URL: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch\\_id=20103340](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20103340)

4 Siehe Zeitschrift für Sozialhilfe ZESO 01/11 S. 4.

Mehrheit der Sozialhilfebeziehenden neben der Sozialhilfe Erwerbseinkommen und/oder diverse Sozialleistungen. Allerdings geht es bei dieser Argumentation um die Gleichheit zwischen Armen. AvenirSocial ist der Meinung, die Frage der Steuergerechtigkeit müsse im oberen Einkommenssegment geregelt werden.

- **Schwelleneffekte:** Der Berner Vorstoss argumentiert ausserdem mit der Limitierung der sog. Schwelleneffekte, die den Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, mindern würden. Dieses Argument unterstellt den Sozialhilfebeziehenden eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen und gemäss ihrem rein ökonomischen Vorteil zu handeln. Dass dem nicht so ist, zeigt einerseits die «Nichtbezugsquote in der Sozialhilfe»: die Hälfte der Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, verzichten darauf. Andererseits zeigt die Sozialhilfestatistik, dass die Menschen trotz Schwelleneffekten die Sozialhilfe verlassen, sobald sie können: mehr als ein Drittel beendet die Sozialhilfe, weil ihr Lohn nunmehr genügt, und mehr als ein Viertel der Sozialhilfebeziehenden gehen einer Lohnarbeit nach, obwohl sich ihr Einkommen dadurch nicht wesentlich erhöht.<sup>5</sup>

- **Politische Vertrauensfrage:** Der Vorstoss des Kantons Bern sieht vor, dass eine allfällige Besteuerung der Sozialhilfe mit einer steuerlichen Entlastung des Existenzminimums einhergehen sollte. Eine solche Kombination stellt u.a. eine politische Vertrauensfrage. Es besteht keine Garantie, dass beide Teile des Vorstosses realisiert werden. Ausserdem geht auch diese Frage weit über die Sozialhilfe hinaus: sie betrifft die allgemeine Steuergerechtigkeit, die Sozialabzüge und die Steuersätze. Bloss dem Existenzminimum Steuererleichterungen zu gewähren schützt die unteren Einkommen zu wenig.

- **Rechtsgleichheit:** Es ist festzuhalten, dass in den letzten Jahren die Sozialhilfe einerseits zu einem einklagbaren Rechtsanspruch (unter bestimmten Bedingungen) umgebaut wurde. Andererseits wurden die Rechte der Sozialhilfebeziehenden z.T. massiv eingeschränkt (minderer Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten, Einschränkung der Dispositionsfreiheit, Arbeitspflicht). Gleichzeitig wurden enorme Steuergeschenke an Grosseinkommen gesprochen, ohne dass die Frage der Steuergerechtigkeit auch nur erwähnt worden wäre. Wir sehen in diesem Kontext keinen Grund die Situation der Sozialhilfebeziehenden zu verschlechtern.

- **Amtsschimmel-Lösung:** Die verwaltungstechnische Umsetzbarkeit der Besteuerung der Sozialhilfe scheint auf den ersten Blick hin machbar. Allerdings ist mit enormem Aufwand und Bürokratie zu rechnen: Die Quellensteuer ist nicht eingeführt, das Inkasso der Steuern wäre aussichtslos, neue Schuldenberge die Folge.

- **Steuerbefreiung des sozialen Existenzminimums:** Die Steuerbefreiung des sozialen Existenzminimums führt zur Steuerbefreiung der Sozialhilfe und zur Steuerbefreiung aller anderen tiefen Einkommen. Dies ist ein Ansatz, der verfolgt werden sollte und der Schwelleneffekte wirksam bekämpft. AvenirSocial möchte eine solche Regelung prioritär in einem Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung einbinden – sie ist aber durchaus auch in einer anderen bundesrechtlichen Regelung möglich.

---

<sup>5</sup> Vgl. Hochschule Luzern, Soziale Arbeit: Nichtinanspruchnahme wirtschaftlicher Sozialhilfe. Literstudie zu Handen der Caritas Luzern / SoBZ Hochdorf und Sursee vom 03.10.2011.

## Schlussfolgerungen

AvenirSocial setzt sich für Steuergerechtigkeit, Beseitigung der Schwelleneffekte und Rechtsgleichheit ein. Der Vorschlag des Kantons Bern verfolgt aber eine andere Reihenfolge der Lösungen. Unserer Ansicht nach ist es zwingend erforderlich, zuerst eine einheitliche gesetzliche Regelung im Sinn eines nationalen Rahmengesetzes über die Existenzsicherung zu schaffen. Danach gilt es, Lösungen betreffend den Schwelleneffekten zwischen Existenzsicherung, Sozialversicherungen und niedrigen Einkommen zu finden. Erst dann werden Lösungen gerecht und tragbar sein. Also: **Nein zur Besteuerung der Sozialhilfe – ja zu einem Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung, ja zur Steuergerechtigkeit**

Vorstand von AvenirSocial Schweiz, im Juni 2012

AvenirSocial  
Soziale Arbeit Schweiz  
Postfach 8163, 3001 Bern  
+41 (0)31 380 83 00  
info@avenirsocial.ch  
www.avenirsocial.ch